

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abteilungen nehmen die Anzeigen
nach der Nummer der Anzeigen
abzugeben. — Preisliste merkwürdig.
Gesamtpreis - Anschlag Nr. 53.

Angewandte die Anzeigen
Postkarte für Anzeigen eine Seite
Anzeigen in Goldprägung, an-
merkliche Anzeigen in Goldprägung,
Kleinanzeigen in Goldprägung,
sonstige Seite in Goldprägung.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Post Leipzig Nr. 1000

Nr. 49

Freitag, den 27. Februar 1925

20. Jahrgang

Frankreich zu einer Konferenz mit Deutschland bereit.

„Times“ schreibt über die Abrüstungsfrage: „Die englische Regierung wird keine bestimmten Entschlüsse fassen, ehe sie nicht vom interalliierten Militärausschuss in Versailles den Bericht und die Vorschläge über die Forderungen erhalten hat, die an Deutschland gerichtet werden sollen.“

Inzwischen sind inoffizielle Verhandlungen zwischen den Alliierten im Gange. Ihr wichtigstes Ergebnis ist, daß Frankreich sich bereit erklärt hat, zuzustimmen, daß Deutschland eingeladen werden soll, mit den Alliierten zusammenzukommen. Jedoch erst, wenn die Alliierten untereinander einig geworden sind.

Der Bericht über die Entwaffnung erst nächste Woche!

Paris, 24. Febr. Dem „Journal des Debats“ zufolge wird das interalliierte Militärkomitee in Versailles der Vorkonferenz seinen Bericht über den Stand der deutschen Entwaffnung erst Anfang nächster Woche übermitteln. Auch das britische Kabinett prüft das Bericht aus genaueste, und gleichzeitig würden zwischen Paris und London diplomatische Verhandlungen geführt, um eine Formel zu finden, die den Deutschen die Möglichkeit gäbe, sich bei den von den Alliierten zu treffenden Entscheidungen Gehör zu verschaffen. Wie der „Temps“ meldet, werden auch mit der belgischen Regierung Verhandlungen geführt, die zunächst nur Fragen des Verfahrens betreffen. Als Versammlungsort der interalliierten Konferenz werde jetzt Brüssel vorgeschlagen, weil man annehme, daß dort die Atmosphäre für eine Verständigung günstig sei. Andererseits werde dagegen betont, daß in der zweiten März- und in der ersten Aprilhälfte das Kabinett Thunis schon als zurückgetreten anzusehen sein werde, und daß es deshalb nicht unwahrscheinlich sei, daß die Konferenz in London zusammentreten werde.

Kriegszustand in der Türkei.

Konstantinopel, 25. Febr. In Südanatolien ist zwischen Diabekir und Bilkis ein Aufstand der Kurden ausgebrochen. Der Führer der Aufständischen Scheik Said erließ eine Proklamation, in der er die Autonomie des Kurdenlandes sowie die freie Nationalwahl fordert. Die türkische Presse schreibt, daß „ausländischer Einfluß“ festgestellt worden sei.

Die Aufstandsbevegung hat auch die lokalen Gendarmerietruppen erfaßt, die den Regierungsaufträgen den Gehorsam verweigern. Die besonders starken Schneefälle der letzten Tage behindern den Vormarsch der Regierungstruppen. Die Regierung beriet in einem außerordentlichen Kabinettsrat über die gegen den kurdischen Aufstand zu ergreifenden Gegenmaßnahmen.

Nach der Auffassung militärischer Kreise dürfte die Wiederwerfung des Kurdenaufstandes voraussichtlich einen Zeitraum von mehreren Wochen erfordern, da das Aufstandsgebiet unwegsam ist und aller Hilfsmittel für Truppentransporte und Nachschub entbehrt. Bei den aufständischen Kurden befinden sich angeblich türkische Offiziere, die feinerzeit zu den Engländern desertierten.

Aus London wird gemeldet: Aus Konstantinopel kommt die Nachricht, daß 3000 Kurden unter Führung von Doushous Bia heute morgen nach fünfständigem Marsch in Diabekir ankamen. Türkische Flugzeuge bombardierten die Residenz von Scheik Said. Said hat handgeschriebene Manifeste anlieben lassen, worin die Gründung eines türkischen Königreichs und die Ernennung von Selim Effendi, eines Sohnes Abduls Samids zum Sultan angekündigt wird.

Die Nationalversammlung autorisierte heute morgen die Regierung, in der ganzen Türkei den Kriegszustand zu verhängen, da befürchtet wird, daß die Kurden und die Monarchisten einen Aufstand vorbereiten.

Nach einer Proklamation des Scheiks soll das Ziel des Aufstandes sein: Bildung einer kurdischen Regierung, Wiederherstellung des Kalifats, Beobachtung des Scheriat und des religiösen Gesetzes und Unterbrechung der augenblicklichen türkischen Regierung, die die Proklamation als atheistisch bezeichnet. — Eine spätere Konstantinopler Agentenmeldung besagt, daß eine schriftliche Proklamation des Scheiks erklärt, daß geplant sei, einen der Söhne des Sultans, Abduls Hamid, zum König von Kurdistan zu proklamieren.

Tscheka-Prozeß.

Leipzig, 25. Febr. Es wird die Verlesung des in der Voruntersuchung aufgenommenen Protokolls über die Aussagen des Angeklagten Szon fortgesetzt. Der Präsident unterbricht die Verlesung und fragt den Angeklagten Szon: Ist denn der Belinmuth der Angeklagte Stoblawsky?

Angeklagter Szon: Darauf gebe ich keine Antwort. Nach dem Abschluß der Vernehmung des Angeklagten Szon verließ der Präsident das am 17. Dezember 1924 abgegebene Geständnis des Angeklagten Boege. Boege legt darin ein offenes Geständnis über die Parteilorganisation und die Bildung von Terrorgruppen ab. Er erzählt darin, daß auch in der Gastwirtschaft „Zur Silberpappel“ in Leipzig-Bismarcksdorf Ähnliches beschlossen worden sei. Der Russe August Kleine sei ihm als prominente Persönlichkeit vorgestellt worden. Er habe auch die Leipziger Hunderttausenden beschäftigt und die ungenügende Arbeitsfreudigkeit der Leipziger getadelt. Es sei dann beschlossen worden, an Hand der russischen Erfahrungen Partisanengruppen zu organisieren und Terrorakte zu inszenieren. Eine solche Terrorgruppe ist die Tschekagruppe „Danz“. Sie sei in Leipzig unter seine Leitung gestellt worden, jedoch niemals in Aktion getreten. Vorgesehen war, daß die Partei offiziell von dieser Gruppe abtrübe. Damit sollte von vornherein gerechnet werden. In Dresden ist Boege von dem Genossen Wittger dem Brandler vorgestellt worden und von diesem wieder an den Russen August Kleine verwiesen worden. Kleine verkehrte ihn der Tschekagruppe „Danz“. Weiter wird in dem Geständnis ausgeführt, daß Boege in Dresden bei einer militärischen Übung der Gruppe den sicheren Eindruck gewonnen habe, daß auch Stobler militärisch tätig war. Er beschreibe weiter seine Reise nach Düsseldorf zur Versammlung in der Stoblerischen Wohnung und seine Verbindung mit der Hedamme Müller in Stettin, die die Genossen in geheimem Zimmer empfing. Boege habe indessen Gewissensbisse der Partei gegenüber bekommen und das Geständnis allerdings widerrufen.

Kunmehr soll der Angeklagte Mörsner vernommen werden. Mörsner verweigert aber jede Aussage mit Rücksicht darauf, daß sein Wahlberechtigter nicht anwesend ist.

Aus den früheren Aussagen des Angeklagten Mörsner geht hervor, daß er Mitglied der KPD ist und seit Oktober 1923 bei einem gewissen Köppel in Berlin als Kraftwagenfahrer angestellt war. Eines Tages wurde der Wagen an einen Autoreparateur Wading in Neubrück verkauft, der ihn als Wagenfahrer mit übernahm. In dieser Eigenschaft habe Mörsner öfter den Angeordneten Plek fahren müssen. Gleich anderen Gruppenmitgliedern wurde er gegen 80 Mark Wochenlohn und 50 Prozent Steuerzuschulung angestellt. Entgegen den Aussagen von Boege und Reumann will der Angeklagte Mörsner nie etwas von Spitzelerlebung erfahren haben. Er habe angenommen, daß es sich um einen kommunistischen Kongreß in Stuttgart handle.

In der Nachmittags Sitzung verweigern auch die Angeklagten Lenknecht und seine Frau, die heute vernommen werden sollten, die Aussage mit der Begründung, daß ihr Wahlberechtigter nicht anwesend sei. Auch von diesen Angeklagten werden die früheren Aussagen verlesen.

Die Verteidigung beim Reichsjustizminister.

Berlin, 25. Febr. Die von den Verteidigern im Tschekaprozeß gebildete Anwaltsdelegation wurde heute von dem Justizminister im Beisein von Ministerialdirektor Bumke und Geheimrat Werner empfangen. Die Verteidiger wiesen darauf hin, daß der Vorsitzende des Gerichts nach dem Gesetze nicht das Recht habe, selbst bei bedauerlichen Vorfällen, die Verteidigung als verweigert zu erklären und den Verteidiger hinauszumweisen. Sie baten den Minister, durch eine entsprechende Anweisung an die Reichsanwaltschaft, einzugreifen.

Der Reichsjustizminister erklärte, daß er die Angelegenheit prüfen werde und sprach die bestimmte Hoffnung aus, daß der Prozeß nach Rückkehr der Verteidigung in voller Ruhe verlaufen werde.

Einer Abordnung der Anwaltschaftlichen Vereinigung machte der Minister die gleiche Zusage.

Die drei Leipziger Verteidiger haben sich nach Leipzig zurückgegeben, um am Donnerstag wieder die Vertretung der Angeklagten zu übernehmen. Es verlautet aber, daß das Gericht mit dem neuen Wechsel der Verteidigung nicht einverstanden ist.

Die bulgarische Tscheka.

Sofia, 25. Febr. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, eine große kommunistische Organisation, namentlich in den Endorten Stara Zagora, Plowdiv, Jamboli, Warna und Burgas aufzudecken, sowie vieles Belohnungsmaterial zu beschlagnahmen.

Sowjetgesandte für Japan und Amerika.

Wie in diplomatischen Kreisen verlautet, kommt als Sowjetgesandter für Japan neben dem derzeitigen Wiener Gesandten Joffe auch Trozki in Betracht. Es ist aber fraglich, ob es der Gesundheitszustand ihm erlaubt, den Posten anzunehmen. Trozki gilt in Sowjetkreisen als ausgewiesener Kenner der amerikanischen Verhältnisse, und die Sowjetrepublik hofft, daß die Frage der Anerkennung Rußlands durch die Vereinigten Staaten noch in absehbarer Zeit erfolgen werde, dann Trozki zum Botschafter in Washington ernannt werden werde.

Wahlrechtsreform in Budapest.

Die ungarische Regierung veröffentlicht ihren Wahlrechtentwurf, demzufolge das aktive Wahlrecht jedem 24jährigen Manne zusteht, der seit 10 Jahren ungarischer Staatsbürger ist, seit zwei Jahren in derselben Gemeinde wohnhaft ist und vier Volksschulklassen erfolgreich absolviert hat. Bei Frauen ist das aktive Wahlrecht an das 30. Lebensjahr und die Absolvierung von sechs Volksschulklassen gebunden. Absolventen von Hochschulen besitzen das Wahlrecht ohne Ansehen des Alters und des Geschlechts. Wählbar sind alle, die das aktive Wahlrecht besitzen und das 20. Lebensjahr erreicht haben. Die Einteilung der Wahlbezirke wird durch ein besonderes Gesetz erfolgen. Die Abstimmung ist im ganzen Lande obligatorisch.

Allgemeines Wahlrecht in Japan.

Der Gesetzentwurf der japanischen Regierung über das allgemeine Wahlrecht, der dem Parlament vorgelegt wird, würde zehn Millionen Menschen die Stimm-berechtigung verleihen. Darin wird vorgeschlagen, allen Männern über 25 Jahre, mit Ausnahme der Oberhäupter abtöter Familien, der aktiven Offiziere der Armee und der Marine, der Regierungsbeamten, der Insolventen, der Schwachsinnigen, der Empfänger öffentlicher und privater Unterstützungsgelder und der mit mehr als sechs Jahren Gefängnis Vorbestraften, das Wahlrecht zu geben. Alle Männer über 30 Jahre werden mit einigen Ausnahmen zum Parlament wählbar.

Das Befinden des Reichspräsidenten.

Berlin, 25. Febr. Nach den neuesten Mitteilungen vom Krankenbett des Reichspräsidenten hat Reichspräsident Ebert die heutige Nacht außergewöhnlich gut verbracht und fast die ganze Nacht hindurch geschlafen. Erst um 5 Uhr morgens erwachte er. Dabei wurde der Eintritt eines leichten Morgenfiebers festgestellt, das in den Vormittagsstunden jedoch wieder zurückgegangen ist. Geheimrat Bier und die Stationsärzte des Sanatoriums erklären den Verlauf des Heilungsprozesses und den Zustand des organisch nicht ganz gesunden Patienten als außergewöhnlich zufriedenstellend. Die Krankheit nimmt den normalen Verlauf.

Berlin, 26. Febr. Zur Erkrankung wird heute morgen gemeldet: Der Reichspräsident erkrankte am 22. Februar ganz plötzlich, so daß er sich nachts einer Operation unterziehen mußte. Der Wundfortschrit war bereits brandig und die Entzündung auf das Bauchfell ausgebreitet. Heute nacht verschlimmerte sich die Bauchfellentzündung. Heute morgen ist der Zustand besser, jedoch sehr ernst.

Das Urteil der „Daily Mail“ über Ebert.

London, 25. Febr. Einige Blätter veröffentlichen aus Anlaß der Operation des deutschen Reichspräsidenten Bilder Eberts. „Daily Mail“ schreibt, im ganzen könne gesagt werden, daß Ebert als Präsident ein Erfolg gewesen sei. Mit beharrlicher Klugheit habe er versucht, das Staatschiff einen mittleren Kurs zu steuern. Sogar das Magdeburger Urteil habe Eberts Stellung nicht ernstlich erschüttert, aus dem einfachen Grund, weil große Massen geschätzter Leute in ihm die beste Gewähr sahen, um das deutsche Staatschiff in ruhiger Gewässer zu lenken.

Ergebnis der Wahlen in Thüringen.

Wie das Thüringische Presseamt mitteilt, hatte in den Stadtkreisen des Landes Thüringen die Linke, Sozialdemokraten und Kommunisten, vor der letzten Wahl 189 Abgeordnete, jetzt 188. Die sämtlichen bürgerlichen Parteien verfügten in den Stadtkreisen bisher über 169 Vertreter, jetzt über 174. In den Landkreisen hatte die Linke früher 97 Vertreter, jetzt 87. Die sämtlichen bürgerlichen Parteien hatten früher 119 Vertreter, jetzt haben sie 127.